

IStGH-Haftbefehle gegen Israel und Russlands Offensive in Charkiw

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse an der heutigen Sendung und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Heute spreche ich mit Dimitri Lascaris über die neuesten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Situation in Israel und Gaza und dem Krieg in der Ukraine. Dimitri Lascaris ist ein unabhängiger Journalist und Anwalt, der sich auf Sammelklagen, Menschenrechte und internationales Recht spezialisiert hat. Im Jahr 2020 kandidierte er für die Führung der Grünen Partei in Kanada und wurde Zweiter. Dimitri, willkommen zurück.

Dimitri Lascaris (DL): Es ist immer ein Vergnügen, mit Ihnen zu sprechen, Zain. Danke für die Einladung.

ZR: Beginnen wir mit einer wichtigen Entwicklung in der israelisch-palästinensischen Angelegenheit. In dieser Woche kündigte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, seine Absicht zum Erlass von Haftbefehlen gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den Verteidigungsminister Joaw Galant sowie gegen drei hochrangige Hamas- Funktionäre an, darunter den Hamas-Führer Yahya Sinwar, den Leiter des militärischen Flügels der Hamas, Mohammad al-Masri, und den Vorsitzenden des politischen Büros der Hamas, Ismail Haniyeh. Die Anklage gegen Netanjahu und Galant lautet unter anderem, Zitat: „Das Kriegsverbrechen des vorsätzlichen Aushungerns von Zivilisten ist eine Methode der Kriegsführung, sowie verschiedene andere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit den Gewaltakten gegen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen“. Die Anklage gegen die Hamas bezieht sich auf die Angriffe vom 7. Oktober und umfasst unter anderem: „Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Ausrottung, Mord, Vergewaltigung und Folter sowie Kriegsverbrechen wie Geiselnahme, Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt, Folter, grausame Behandlung und viele andere“. Diese Haftanträge müssen nun von einem Gremium aus drei Richtern des Internationalen Strafgerichtshofs genehmigt oder abgelehnt

werden. Die internationalen Reaktionen waren unterschiedlich. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu reagierte mit der Aussage, dass Israel „beispiellose Maßnahmen ergriffen hat, um sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe die Bedürftigen in Gaza erreicht“, Zitat Ende, und beschuldigte Karim Khan, „Benzin in die Feuer des Antisemitismus zu gießen, die in der ganzen Welt wüten“, Zitat Ende, und griff sogar den Staatsanwalt persönlich an, indem er erklärte, Zitat: „Khan nimmt seinen Platz unter den größten Antisemiten der modernen Zeit ein“, Zitat Ende. Die Vereinigten Staaten lehnten die Haftbefehle des IStGH mit der Begründung ab, dass sie in dieser Angelegenheit nicht zuständig seien. Deutschland erkannte die Unabhängigkeit des Gerichts an, machte jedoch deutlich, dass der vom IStGH eingereichte Antrag gegen Israel und die Führer der Hamas zu falschen Schlussfolgerungen über die Äquivalenz geführt hat. Frankreich, Spanien, die Schweiz, Dänemark, Kanada, Australien und Irland bekräftigten die Bedeutung der Wahrung der Unabhängigkeit des Gerichtshofs. Norwegen ging jedoch noch einen Schritt weiter und erklärte, dass es sich zu einer Verhaftung von Netanjahu verpflichten würde, sollten diese Haftbefehle vom IStGH anerkannt werden. Können Sie als internationaler Jurist diese Entwicklung einschätzen und auf die internationalen Reaktionen eingehen, die wir erlebt haben?

DL: Aus meiner Sicht ist es auf jeden Fall besser, als keine Anklage zu erheben. Die Tatsache, dass Karim Khan in seiner Funktion als Chefankläger von absoluter Untätigkeit dazu übergegangen ist, etwas zu tun, ist eine Verbesserung. Aber ich sehe das sehr kritisch und weise jede Andeutung, dass er zu weit gegangen ist, kategorisch zurück. Er ist nicht annähernd weit genug gegangen. Er hat weder einen Führer des Netanjahu-Kabinetts noch einen Militärführer des Völkermords angeklagt. Und aufgrund der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom 26. Januar, der den Verdacht auf Völkermord durch Israel für plausibel hält, gibt es absolut keinen Zweifel daran, dass er berechnete Gründe für die Anschuldigung eines Völkermords durch Israel hätte. Die notwendige Arbeit, um zu der Schlussfolgerung zu gelangen, dass es vernünftige Gründe für diese Behauptung gibt, wurde bereits von Südafrika und dem Internationalen Gerichtshof für ihn erledigt. Und wir sollten uns daran erinnern, dass alle westlichen Richter, einschließlich des deutschen Richters und des amerikanischen Richters, der ein ehemaliger Beamter des Außenministeriums in der Obama-Regierung war, darin übereinstimmten, dass ein Verstoß Israels gegen die Völkermordkonvention plausibel ist. Er hat also den Völkermord völlig außen vor gelassen, obwohl der Weg für ihn bereits geebnet war. Er hat sich auf den Gazastreifen beschränkt, was bedeutet, dass er die Siedlungen im Westjordanland außer Acht lässt. Und diese sind ein eindeutiger Verstoß gegen das Völkerrecht und ein Kriegsverbrechen. Tatsächlich haben die meisten westlichen Regierungen seit Jahrzehnten die Verletzung der IV. Genfer Konvention durch die Siedlungen im Westjordanland ausdrücklich anerkannt. Er hat alle Formen der Folter vom Tisch gewischt, die stattfinden, denn es wurde kürzlich sogar von CNN dokumentiert, dass in Internierungslagern außerhalb des Gazastreifens Folter stattfindet, weil er eine Revision auf den Gazastreifen nach dem 7. Oktober beschränkt. Und er lässt auch das Thema Apartheid unberücksichtigt, obwohl Human Rights Watch, Amnesty International, die israelischen Menschenrechtsgruppen B'tselem und Yesh Din sowie verschiedene UN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtssituation im besetzten Palästina alle

zugestimmt und detailliert dokumentiert haben, dass Israel das Verbrechen der Apartheid begeht. Im Grunde hat er also einen Berg von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen gegen das palästinensische Volk über einen Zeitraum von Jahrzehnten betrachtet, Zain, und er konzentriert seine Aufmerksamkeit auf die kleine Spitze dieses Berges. Ich meine, vielleicht nicht einmal ein kleines Stück am Fuße des Berges, hat er geleistet. Außerdem formuliert er seine Anschuldigungen gegen die Hamas und Israel so, als ob die Hamas unprovokierte Gewalt ausgeübt hätte und die Entwicklung am 7. Oktober begonnen hätte, wenn man sich seine Ankündigung anschaut, wobei es sich hier nicht nur um eine philosophische Frage handelt, sondern um etwas, das wirklich den Kern des Leidens des palästinensischen Volkes trifft. Aber wir alle wissen, dass das palästinensische Volk vor dem 7. Oktober jahrzehntelang der Barbarei und Grausamkeit ausgesetzt war, und wie viele israelische Führer im Laufe der Jahre selbst erkannt haben, musste es zwangsläufig zu einer gewaltsamen Gegenreaktion einiger Fraktionen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft kommen, sofern Israel die Palästinenser weiterhin so behandeln, sie enteignen und ihnen einen Staat und Gleichheit vorenthalten würde. Und wir haben das immer wieder erlebt, nicht nur in Palästina, sondern auch in anderen Teilen Westasiens und außerhalb Westasiens. Das alles war also vorhersehbar und eine unvermeidliche Folge der jahrzehntelangen Missachtung der Rechte der Palästinenser. Und doch möchte uns Karim Khan glauben machen, dass die Hamas mit der ganzen Situation angefangen hat und dass die Hamas ein schlimmerer Verbrecher ist. Er hat drei Hamas-Funktionäre angeklagt, aber nur zwei israelische Funktionäre. Die beiden extremsten Mitglieder des Netanjahu-Kabinetts, Ben-Gvir und Smotrich, die sich bis zum heutigen Tag unverhohlen völkermörderisch geäußert und zu den schlimmsten Formen der Gewalt gegen Palästinenser angestiftet haben, hat er in seiner Anklageschrift außen vor gelassen, wobei die beiden Politiker, die er ins Visier nahm, offen gesagt keine Zukunft in Israel haben. Netanjahu und Galant haben beide das sicherheitspolitische Desaster vom 7. Oktober verschuldet. Sie haben den Krieg völlig verpfuscht. Außerdem läuft gegen Netanjahu ein Korruptionsverfahren und er wird höchstwahrscheinlich wegen Korruption ins Gefängnis kommen, sofern es in Israel überhaupt noch Gerechtigkeit gibt. Wenn Herr Khan also irgendwann Gelegenheit hat, Netanjahu wegen Kriegsverbrechen anzuklagen, wird er entweder eines natürlichen Todes gestorben sein oder in einem israelischen Gefängnis verrotten. Genau damit haben wir es hier zu tun. Es tut mir also leid, ich denke, dass dies eine Verbesserung ist, aber es ist extrem enttäuschend. Es ist eine minimale Maßnahme. Und es tut mir leid, dass ich so langatmig über diese Sache rede, aber ich muss noch eine Tatsache über Karim Khan hinzufügen. Er wurde 2021 zum Chefankläger des IStGH ernannt, und die britische Presse berichtete über die Euphorie der Regierung von Boris Johnson, der damals Premierminister war, bezüglich seiner Ernennung zum Chefankläger. Was sagt Ihnen das? Boris Johnson, ein fanatischer Israel-Befürworter, ein feuerspeiender Neokonservativer, würde auf keinen Fall einen Chefankläger sehen wollen, der gegen die Führer westlicher Staaten oder deren Verbündete vorgeht. Deshalb war Boris Johnson, wie es The Economist ausdrückte, ganz aus dem Häuschen über den Umstand, dass Karim Khan Chefankläger des IStGH wurde.

ZR: Ich möchte auf Ihren Punkt bezüglich der Anklagen eingehen, die gegen zwei israelische Beamte und drei Hamas-Führer erhoben wurden. Das Gegenargument, welches Sie in den

Medien hören werden, lautet: Die Hamas beabsichtigt in ihrer Charta, Israel zu zerstören. Andererseits ist Israel ein demokratisches Land. Es hat ein Justizsystem. Und die Menschen wählen dort, Schwule und Lesben haben Rechte, zum Beispiel in Tel Aviv, herrscht viel Stolz auf die LGBTQ-Gemeinschaft, und obwohl ihre Demokratie insgesamt Mängel aufweist, ist ihr System eines, das den Grundsätzen eines demokratischen Systems folgt. Abgesehen davon erwähnt Israel nirgendwo ausdrücklich, dass es die Muslime oder Palästinenser vernichten will, während die Hamas ganz klar die Absicht hat, Völkermord zu begehen. Wie kontern Sie dieses Argument?

DL: Die Menschen stellen die aktuellen Aussagen der Hamas-Charta falsch dar. Lesen Sie sie bitte selbst. Die Hamas-Charta ruft nicht zur Vernichtung des jüdischen Volkes oder der jüdischen israelischen Bevölkerung auf. Die Hamas-Charta macht unmissverständlich klar, dass sich die Hamas gegen den Zionismus wendet, der eine koloniale Ideologie und, offen gesagt, eine rassistische Ideologie ist. Das ist eindeutig, und das sollte inzwischen jedem klar sein. Sollte es jemals Zweifel daran gegeben haben, so sollten diese jetzt ausgeräumt sein, denn sehen Sie sich an, was den Palästinensern angetan wird. Aber auf jeden Fall steht das nicht in der Hamas-Charta. Vielleicht lautete sie vor 30 Jahren in etwa so, aber Organisationen entwickeln sich im Laufe der Zeit weiter, so wie der Afrikanische Nationalkongress einst vom Westen als terroristische Organisation betrachtet wurde. Sein Anführer, Nelson Mandela, wurde schließlich zu einem der berühmtesten Menschenrechtsaktivisten der Welt. Schauen wir uns also an, was heute in der Charta steht, so lautet diese nicht. Zweitens: Wenn jemand behauptet, Israel sei eine Demokratie, dann verweise ich diese Leute auf den Bericht von B'Tselem aus dem Jahr 2021 über das Apartheidregime, in dem vom Vorrecht der Juden die Rede ist. Darin heißt es, dass die Menschen, die in den besetzten Gebieten leben – okay, d.h. reden wir über den Gazastreifen und das Westjordanland, und die Bevölkerung dieser Gebiete plus die palästinensische Bevölkerung des international anerkannten Territoriums Israels entspricht ungefähr der jüdischen israelischen Bevölkerung. Tatsächlich ist die palästinensische Bevölkerung sogar etwas größer. Diese Menschen leben praktisch unter der Herrschaft der Regierung in Jerusalem. Es ist sehr eindeutig, was B'Tselem sagt. Das bestätigen auch andere Menschenrechtsexperten. Und ich erinnere daran, dass es sich um eine israelische Menschenrechtsorganisation handelt. Und diese Menschen haben kein Recht, an den Wahlen teilzunehmen, die über ihre Zukunft entscheiden. Sie sind nicht wahlberechtigt. Wie kann man also die Realität Israels, welches aus einer einzigen Regierung besteht – Israel kontrolliert de facto das gesamte Gebiet vom Fluss bis zum Meer –, eine Demokratie nennen, wenn die Hälfte der Bevölkerung nicht an den Wahlen der Regierung, welche dieses Land beherrscht, teilnehmen darf? Das ist reine Fiktion. Es ist ein Hirngespinnst. Israel ist ein Apartheidstaat. Und solange wir diese Realität nicht anerkennen, werden wir der Gewalt niemals ein Ende setzen können. Wir werden diese Menschenrechtskrise niemals lösen. .

ZR: Ich möchte mich auf den Westen konzentrieren und seine Reaktionen auf verschiedene vom IStGH vorgebrachte Fälle. Als der IStGH am 17. März 2023 Haftbefehle gegen Russland, insbesondere gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin, erließ, unterstützten die USA und das Vereinigte Königreich diese und forderten sogar alle

IStGH-Mitgliedstaaten auf, sie zu vollstrecken. US-Präsident Biden wies seine Regierung im Juli 2023 sogar an, dem IStGH Beweise für angebliche russische Kriegsverbrechen in der Ukraine zu übermitteln, womit er implizit die Zuständigkeit des Gerichtshofs anerkannte, wie man argumentieren könnte. Im Falle Israels hingegen bezeichnete Joe Biden dies als beschämend. Deutschland erkannte, wie bereits erwähnt, die Entscheidung des Gerichtshofs an, kritisierte jedoch, dass die Ausstellung von Haftbefehlen für Hamas-Führer und israelische Beamte im selben Antrag eine falsche Gleichwertigkeit schafft. Können Sie erläutern, warum der Westen, insbesondere die USA, die Fälle des IStGH anders behandelt und was dies möglicherweise offenbart? Können Sie zweitens auf die Haltung Deutschlands eingehen, dass die Ausstellung von Haftbefehlen sowohl für Hamas-Führer als auch für israelische Beamte in ein und demselben Antrag ein falsches Verhältnis schafft?

DL: Zunächst möchte ich mich mit dem Argument der falschen Gleichwertigkeit befassen, das ich in den letzten 48 Stunden überall in den sozialen Medien gesehen habe. Es ist fast so, als ob jeder einzelne Befürworter da draußen aus demselben Liedblatt singt: Falsche Gleichwertigkeit. Falsche Gleichwertigkeit, ja, Sie haben Recht, es ist eine falsche Äquivalenz. Die Taten Israels sind unendlich viel schlimmer als die der Hamas. Wenn Sie tatsächlich glauben, dass das Leben von Palästinensern genauso viel wert ist wie das Leben von jüdischen Israelis, dann sollten Sie keine Schwierigkeiten haben, die Wahrheit dessen zu akzeptieren, was ich gerade gesagt habe. Und ich möchte Sie auf eine einfache Statistik verweisen. Den israelischen Daten der sozialen Sicherheit zufolge wurden am 7. Oktober 36 Kinder von der Hamas getötet. Zwei davon waren Kleinkinder. Und es ist, offen gesagt, nicht einmal klar, dass sie alle von der Hamas getötet wurden. Es kann sein, dass einige von ihnen durch israelischen Beschuss getötet wurden. Es gibt Beweise dafür, dass es Tote durch eigenes Feuer gab, aber nehmen wir einmal an, dass alle 36 Kinder von der Hamas getötet wurden. Das israelische Militär hat seit dem 7. Oktober mehr als 15.000 Kinder getötet, und das ist eine vorsichtige Zahl, weil sie nicht all die Kinder einschließt, die unter den Trümmern begraben sind. Und es sind noch viele weitere Tote zu beklagen. Es ist ganz offensichtlich, dass das Töten nicht nachlässt. Das Tempo, mit dem die Menschen ermordet werden, nimmt nicht ab. Wenn das Blutvergießen beendet ist, könnte die Zahl der ermordeten palästinensischen Kinder weit über 15.000 liegen. Sie wollen mir sagen, dass ein Militär, das über 15.000 Kinder getötet hat, weniger schuldig ist als eine militante Gruppe, die 36 Kinder getötet hat? Sie wollen mir sagen, dass die Gleichsetzung der beiden eine Art Empörung über das Militär hervorruft, das über 15.000 Kinder getötet hat? Nein, das ist tatsächlich ein Skandal gegenüber den Palästinensern, weil es ihr Leben abwertet. Das Leben der palästinensischen Kinder ist genauso viel wert wie das Leben unserer wertvollen Kinder in Israel. Da gibt es keinen Unterschied. Wenn Sie das glauben, dann sollten Sie die Verbrechen Israels als viel schlimmer ansehen als die der Hamas. Stattdessen wird uns gesagt, dass es in Wirklichkeit die Hamas ist, die weitaus schlimmer ist. Und das ist das Narrativ, mit dem Karim Khan hausieren geht und das letztlich den Kampf der Palästinenser für Gerechtigkeit untergräbt. Deutschland und seine Regierung sollten darüber den Kopf schütteln. Die deutsche Regierung, das weiß ich, denn ich habe die Berichte über die Proteste in Deutschland verfolgt, wie Menschen, unglaublich mutige, gewissenhafte Deutsche auf die Straße gegangen sind, obwohl sie wussten, dass sie verhaftet, von der Polizei verprügelt,

schikaniert, verunglimpft, dämonisiert werden würden, die deutsche Regierung bringt das Land in einen Zustand völligen Verrufs. Was ist aus dem Deutschland geworden, das in der ganzen Welt als Nation des Gewissens, als Nation des Anstands angesehen wurde, als Nation, die in Anerkennung der abscheulichen Verbrechen, die der deutsche Staat während des Holocausts begangen hat, die Elenden und Armen aufnahm? Was ist aus diesem Deutschland geworden? Dieses Deutschland ist verschwunden. Es ist zu einer Schande geworden. Und ich rufe das deutsche Volk auf, zu retten, was von der deutschen Glaubwürdigkeit noch übrig ist, denn sie hängt am seidenen Faden.

ZR: Können Sie auch auf den ersten Teil meiner Frage eingehen, warum der IStGH die Fälle unterschiedlich behandelt? Zum Beispiel gaben die Vereinigten Staaten Beweise für russische Verbrechen in der Ukraine zur Verfügung, und auf der anderen Seite lehnen sie die Zuständigkeit des IStGH für den israelischen Fall ab.

DL: Gerne. Und ich danke Ihnen, dass Sie mich daran erinnern haben. Die Anklage gegen Putin stützt sich auf den Vorwurf, dass seine Regierung auf seine Anweisung hin Kinder, ukrainische Kinder, aus einem Kriegsgebiet gebracht hat. Das ist es, was er getan haben soll. Je nach den Umständen, unter denen dies geschehen ist, könnte dies ein Kriegsverbrechen darstellen. Aber niemand, auch nicht die schärfsten, feindseligsten Kritiker Wladimir Putins, auch nicht die US-Regierung, die deutsche Regierung, Annalena Baerbock und all die anderen, die Russland verunglimpfen, behaupten, dass Russland 15.000 ukrainische Kinder getötet hat. Keiner. Ob es also stimmt oder nicht, diese Behauptung wird nicht einmal aufgestellt. Wie können Sie also rechtfertigen, dass Sie dem IStGH nahelegen, gegen Wladimir Putin vorzugehen, dass Sie mit dem IStGH zusammenarbeiten und ihm Beweise vorlegen und die Zuständigkeit des IStGH anerkennen, obwohl Russland das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs nie unterzeichnet hat, und sich dann umdrehen und sagen: Oh, na ja, die Behauptung, Israel habe Kriegsverbrechen begangen, ist einfach eine falsche Gleichsetzung und Antisemitismus. Das ist der Gipfel der Heuchelei. Wenn man sich die tatsächlichen Fakten ansieht, wird man zu dem Schluss kommen, dass der Westen eine groteske und wirklich schamlose Doppelmoral an den Tag legt. Und was letztlich die widersprüchlichen Erklärungen der westlichen Regierungen über die Zuständigkeit des IStGH erklärt, besteht darin, dass sich die westlichen Staaten nicht um das Völkerrecht scheren. Sie interessieren sich nicht für die Menschenrechte. Es geht ihnen nur um die westliche Hegemonie. Das ist alles. Also benutzen sie den IStGH als Instrument, um die geopolitischen Rivalen des Westens zu verfolgen oder zu schikanieren oder zu dämonisieren oder zu diskreditieren. Und dann benutzen sie den IStGH oder greifen den IStGH unerbittlich an, falls dieser die Kühnheit besitzt, den Westen oder mit dem Westen verbündete Staaten wie Israel tatsächlich mit denselben Maßstäben zu messen, mit denen er die offiziellen Feinde des Westens messen soll. So macht diese Heuchelei letztlich Sinn. Es geht nur um die westliche Hegemonie, und das hat nichts mit der westlichen Sorge um die Menschenrechte und das Völkerrecht zu tun. Und noch einmal, ich möchte mich klar ausdrücken. Ich spreche nicht von den Menschen im Westen, ich spreche von unseren Regierungen. Unsere Regierungen scheren sich nicht um das Völkerrecht und die Menschenrechte.

ZR: In einer weiteren internationalen Entwicklung haben Irland, Spanien und Norwegen heute die Anerkennung eines palästinensischen Staates angekündigt. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sanchez erklärte in einer Rede vor dem Kongress seines Landes: „Wir hoffen, dass unsere Anerkennung und unsere Beweggründe dazu beitragen können, dass andere westliche Länder diesem Weg folgen, denn je mehr wir sind, desto mehr Kraft werden wir haben, einen Waffenstillstand durchzusetzen, um die Freilassung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln zu erreichen und den politischen Prozess wiederzubeleben, der zu einem Friedensabkommen führen kann“, Zitat Ende. Israel reagierte mit dem Rückruf der Botschafter dieser drei Länder und drohte mit, Zitat, „schweren Sanktionen“, Zitat Ende. Dies geschah nach einer Abstimmung in der UN-Generalversammlung am 11. Mai, bei der 143 Länder für einen palästinensischen Staat stimmten, neun dagegen und 25 sich enthielten. Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach diese internationale Entwicklung, und glauben Sie, dass ein palästinensischer Staat, der nicht im Dialog, sondern unter Ausblendung seines engsten Nachbarn Israel entsteht, jemals friedlich und in Harmonie mit diesem leben kann?

DL: Lassen Sie mich zunächst auf die Androhung strenger Sanktionen durch Israel gegen diese drei Länder eingehen. Ich habe in Artikeln, die ich auf meiner Website geschrieben habe, festgestellt, dass Israel trotz seiner Rhetorik ein geopolitischer Winzling ist, und die Vorstellung, dass dieses winzige Land, Zitat, „schwere Sanktionen“ gegen einige der größten Volkswirtschaften in Europa verhängen wird, ist, offen gesagt, ein Witz. Und es zeigt, wie realitätsfern die israelische Führung ist. Aber letztendlich ist die wirklich wichtige Frage die, die Sie stellen, nämlich: Wie wird sich dies auf das palästinensische Volk auswirken? Ich würde behaupten, dass es hilfreich ist. Es ist eine positive Entwicklung. Aber Tatsache ist, dass die große Mehrheit der Staaten, die die große Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren, Palästina bereits als Staat anerkennen. Es ist gut, dass sich einige weitere westliche Staaten dem überwältigenden internationalen Konsens angeschlossen haben, aber letzten Endes wird das palästinensische Volk dadurch nicht gerettet, so positiv diese Entwicklung auch ist. Vielmehr muss das internationale Recht gegen Israel durchgesetzt werden, und das erfordert mindestens die Art von Sanktionen, die gegen die offiziellen Feinde des Westens verhängt wurden, einschließlich und vor allem ein Waffenembargo. Dies ist eine viel wichtigere Frage als die Frage der Anerkennung eines palästinensischen Staates. In der Praxis bedeutet dies, dass Israel nicht in der Lage sein wird, die Bevölkerung des Gazastreifens zu vernichten, wenn es nicht über die Bomben zur Auslöschung der Bevölkerung des Gazastreifens verfügt. Also müssen wir den Zustrom von Bomben stoppen.

Ich empfehle allen Ländern da draußen, dass sie die Welt, die globale Gemeinschaft und die wenigen Staaten, die Palästina noch nicht als Staat anerkannt haben, dazu auffordern, dies zu tun. Ich empfehle es ihnen. Aber tatsächlich brauchen wir von ihnen mindestens ein Waffenembargo, und sie sollten auch damit beginnen, umfangreiche Sanktionen zu verhängen, Reisesanktionen, Sanktionen für Finanztransaktionen gegen alle Personen in der israelischen Führung, alle Personen in der Knesset, die das israelische Parlament unterstützen, die die Handlungen gegen das palästinensische Volk unterstützen, sowie gegen die militärischen Auftragnehmer in Israel, zum Beispiel Elbit Systems. Ich lebe einen Teil des Jahres hier in Kalamata, Zain, und ich kann von meinem Haus aus, ich wohne auf einem Berg

außerhalb von Kalamata, den Luftwaffenstützpunkt Kalamata der griechischen Luftwaffe sehen. Dort gibt es eine Trainingseinrichtung von Elbit Systems, und dieses israelische Unternehmen, das Killerdrohnen herstellt, schult griechische Soldaten und Piloten im Umgang mit diesen Drohnen. Vor drei Wochen hörte ich ein Geräusch vor meinem Haus, das ich von meiner jüngsten Reise in den Südlibanon in die palästinensischen Flüchtlingslager im Westjordanland kannte. Das war das Geräusch einer israelischen Drohne. Ich ging nach draußen, schaute über meinen Balkon, und da war sie, genau die Art von Tötungsmaschine, die ich gesehen hatte, als ich im besetzten Westjordanland war und im Südlibanon. Ich will damit nicht andeuten, dass man mich im Visier hatte. Ich versuche nur, die Tatsache hervorzuheben, dass die Europäische Union, einschließlich Griechenland, ein Land, dessen Bürger ich bin, zutiefst an der Bereicherung des militärisch-industriellen Komplexes Israels beteiligt ist. Daher sind diese symbolischen Maßnahmen, so wichtig sie auch sind, z.B. die Anerkennung Palästinas als Staat, nicht annähernd so wichtig wie die Ausmerzungen der militärisch-industriellen Bestie, zu der Israel geworden ist. Lassen Sie uns also diese Staaten dazu auffordern, echte Sanktionen zu verhängen. Und dann können wir vielleicht echte Fortschritte vor Ort beobachten.

ZR: Ich möchte hier das Thema wechseln und einen Überblick über die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine geben. Im April verabschiedete der US-Kongress ein umfassendes Auslandshilfepaket in Höhe von 95,3 Milliarden Dollar. Dieses Hilfspaket enthält 61 Milliarden Dollar zur Unterstützung der Ukraine in ihrem Krieg gegen Russland. Der größte Teil der Mittel fließt nun in die Aufstockung der US-Lagerbestände und den Kauf von US-Verteidigungssystemen. Ein bemerkenswerter Unterschied ist jedoch das taktische Raketensystem der Armee, auch bekannt als ATACMS. Bisher entsandten die USA ihre ATACMS mit einer Reichweite von 160 km. Nun werden zum ersten Mal ATACMS mit einer Reichweite von 300 km geliefert, was nach Ansicht vieler Militäranalysten in westlichen Medien einen erheblichen Unterschied zugunsten des ukrainischen Militärs ausmachen wird. Ende letzten Monats verkündete NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bei seinem Besuch in der Ukraine, dass die Ukraine ihren rechtmäßigen Platz in der NATO habe, und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ging noch einen Schritt weiter und erklärte, dass sein Land die Entsendung von Truppen in die Ukraine in Betracht ziehen würde, sollte diese jemals um Unterstützung bitten. Als Reaktion darauf kündigte Russland Übungen an, die auch den Einsatz taktischer Nuklearwaffen vorsehen. Russland hat vor kurzem eine Sommeroffensive in Charkiw begonnen und mehrere Dörfer eingenommen, wodurch rund 14.000 Menschen vertrieben wurden. Die deutschen Medien berichten außerdem, dass die von Deutschland für die Ukraine bereitgestellten 7,1 Milliarden Euro fast vollständig aufgebraucht sind und nur noch 300 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Daher wird nun eine Aufstockung um 3,8 Milliarden Euro erwogen, obwohl der Haushalt vor großen Problemen steht. Meinen Sie nicht, dass angesichts der russischen Sommeroffensive diese Maßnahmen des Westens, zu denen die Entsendung von ATACMS-Raketen mit größerer Reichweite, die Aufstockung der Mittel und sogar die Erwägung eines NATO-Beitritts gehören, immer unerlässlicher werden, um Russland zu begegnen? Wenn der Westen nicht handelt, wird Russland nach Ansicht

vieler westlicher Politiker nicht nur die gesamte Ukraine einnehmen, sondern sich auch auf andere Länder vorwagen.

DL: Die Behauptung, Russland habe die Absicht, seine militärischen Aktivitäten über die Ostukraine hinaus auf NATO-Länder auszuweiten, ist schlichtweg eine Illusion. Es gibt keinerlei Beweise für diese Behauptung. Und ich habe es schon einmal gesagt, ich glaube, dass ich mit Ihnen über dieses Thema gesprochen habe, das im westeuropäischen Diskurs so dominierend ist: Die Russen kommen. Wir sind die Nächsten. Wenn wir diesen Dominostein fallen lassen, fallen alle europäischen Dominosteine, all dieser Unsinn, den wir zum Beispiel gehört haben, um den völkermörderischen Krieg zu rechtfertigen, welchen die Vereinigten Staaten in den 60er und 70er Jahren gegen Vietnam und Laos und Kambodscha geführt haben, die Theorie der fallenden Dominosteine. Wir haben dieses Spektakel schon einmal gesehen, und es ist kompletter und völliger Unsinn. Und wenn man darüber nachdenkt: Sollte der Westen wirklich glauben, dass die Aufnahme der Ukraine in die NATO eine Art von eisernem Schutz für die Ukraine darstellt, dann bedeutet das, dass er glaubt, dass die Russische Föderation Angst vor einem Angriff auf ein NATO-Land hat. Das ist die offensichtliche Folgerung. Wenn sie glauben, dass die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine die Ukraine schützen wird, dann bedeutet das, dass Russland kein NATO-Land angreifen will. Gleichzeitig wird uns gesagt, dass Russland NATO-Länder angreifen will. Das ergibt absolut keinen Sinn. Die Theorie ist völlig widersprüchlich und wird durch keinerlei Beweise gestützt, denn Putin hat wiederholt erklärt, er wolle kein NATO-Land angreifen. Seine Sorge gilt der Ukraine. Und natürlich könnte er auch lügen. Aber zeigen Sie mir die Erklärungen des Präsidenten der Russischen Föderation oder eines hochrangigen Beamten der Regierung der Russischen Föderation, die etwas anderes vermuten lassen, die auf eine Absicht hindeuten, die russische Kontrolle über die Ostukraine hinaus auszuweiten. Zeigen Sie mir die Erklärungen. Es gibt sie nicht. Das ist ein Hirngespinnst. Sie haben also ein sich selbst widersprechendes Argument, das von den NATO-Staaten vorgebracht wird. Sie haben eine Theorie, die wir schon oft gehört haben und die sich als völliger Unsinn erwiesen hat. Als Vietnam an die Kommunisten fiel, ist nicht die ganze Welt kommunistisch geworden. Das war Blödsinn. Und es existiert eine Theorie, die von den Erklärungen der Russischen Föderation überhaupt nicht gestützt wird und ihnen sogar widerspricht. Dass es Gründe gibt, warum Russland auf die Ukraine fokussiert ist. Für Russland ist die Ukraine nicht dasselbe wie Polen. Für Russland ist die Ukraine nicht dasselbe wie Deutschland. Die Ukraine hat eine besondere historische Beziehung zu Russland, und es gibt dort eine große Zahl ethnischer Russen und russischsprachiger Menschen. Und sie ist buchstäblich nur ein paar hundert Kilometer von Moskau und Sankt Petersburg und dem industriellen Kernland entfernt. Jeder vernünftig denkende Mensch sollte erkennen, dass es spezifische Gründe gibt, warum Russland um die Ukraine besorgt ist, die für Mittel- und Osteuropa einfach nicht zutreffen.

Zur Frage, ob das alles einen Sinn ergibt, verweise ich auf ein Interview, das Kyrilo Budanov, der General, der den militärischen Geheimdienst der Ukraine leitet, kürzlich der New York Times gegeben hat, wobei er sagte: Die Lage in der Ukraine ist kritisch geworden, wir haben keine Reserven mehr, ich habe sie alle eingesetzt. Wer wird also all diese Waffen nutzen? Und jeden Tag gibt es weniger und weniger ukrainische Soldaten. Es gibt Berichte

über ukrainische Großstädte wie Charkow, die zu Geisterstädten geworden sind, weil sich die Männer nicht auf die Straße trauen. Sie haben Angst, aufgegriffen und zum ukrainischen Militär zwangsverpflichtet zu werden, was übrigens katastrophale Auswirkungen auf die ukrainische Wirtschaft hat. Es gibt Berichte, wonach Frauen im industriellen Sektor der Ukraine Arbeiten verrichten müssen, die traditionell von Männern ausgeführt wurden, weil Männer nicht an den Arbeitsplatz gehen wollen. Sie haben Angst, zwangsrekrutiert zu werden, und sie haben bereits Hunderttausende von Opfern zu beklagen. Wer wird diesen Kampf fortsetzen? Die Waffen können letztendlich keinen wesentlichen Unterschied ausmachen, wenn das ausgebildete militärische Personal, das sie benutzen kann, nicht existiert und nicht verfügbar ist, und genau das sind sie nicht. Dieser Krieg ist vorbei. Die Ukraine verliert nicht nur im Norden. Sie erwähnten einige Erfolge, sehr schnelle und überraschende Erfolge des russischen Militärs im Norden des Landes, obwohl die Ukrainer und ihre westlichen Unterstützer seit Monaten sagten, dass Russland in diesem Gebiet angreifen würde, sodass sie hatten Monate Zeit, sich darauf vorzubereiten, und dennoch ist Russland hereingebrochen und hat innerhalb weniger Tage etwa 15 Dörfer und Städte eingenommen. Es ist nicht nur dort. Sie nahmen Avdiivka ein, den am stärksten befestigten Ort unter ukrainischer Kontrolle im Donbass. Dann haben sie sich von dort aus ausgedehnt und ein Dorf nach dem anderen eingenommen. Sie haben Robotyne zurückerobert, das im letzten Sommer im Mittelpunkt der kolossal gescheiterten ukrainischen Gegenoffensive stand, bei der die Ukraine so viele Menschen und Material verloren hat. Es wurde von den russischen Streitkräften zurückerobert. Ein weiterer Ort, für den die Ukraine sehr viele Männer geopfert hat, ist ein Ort namens Klischtschiwka außerhalb von Bachmut und in der Nähe von Chasiv Yar, der weitgehend von den russischen Streitkräften zurückerobert wurde. Entlang der gesamten Kontaktlinie sind die russischen Streitkräfte auf dem Vormarsch. Das Vernünftigste und Menschlichste, was wir tun können, ganz abgesehen von der Überlegung, dass eine weitere Eskalation zu einem Nuklearkrieg führen könnte, ist, im Interesse des ukrainischen Volkes zu handeln, diesen Krieg jetzt zu beenden, was territoriale Zugeständnisse erforderlich macht. Das ist die Realität. Wenn wir diese Realität nicht akzeptieren, wird die Ukraine am Ende ein noch kleineres Land sein, und sie könnte sogar den Zugang zum Schwarzen Meer verlieren, was für die Ukraine eine strategische Katastrophe wäre. Lassen Sie uns also das Ausbluten stoppen und diesen schrecklichen Stellvertreterkrieg der NATO, der genau dies ist, mit Hilfe von Verhandlungen und vernünftigen Kompromissen beenden.

ZR: Dimitri Lascaris, unabhängiger Journalist und Anwalt für internationales Recht, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

DL: Vielen Dank, Zain. Passen Sie auf sich auf.

ZR: Und danke für Ihr Interesse heute. Wenn Sie sich unsere Videos regelmäßig ansehen, unterstützen Sie uns mit einem Dauerauftrag über Patreon, BetterPlace, PayPal oder direkt auf unser Bankkonto. Wir sind eine unabhängige und gemeinnützige Medienorganisation, die kein Geld von Konzernen oder Regierungen annimmt. Wir erlauben nicht einmal Werbung. Und unser Ziel ist es, zu 100 % zuschauerfinanziert zu bleiben, damit wir Sie mit

Informationen versorgen können, die frei von jeglichem äußeren Einfluss sind. Wir haben 148.000 Abonnenten, und nur etwa 500 Menschen unterstützen uns monatlich. Wenn alle 148.000 Menschen auf YouTube, die unseren Kanal abonniert haben, nur einen oder zwei Dollar oder Euro pro Monat spenden würden - wir bitten nicht einmal um eine große Summe - nur ein paar Dollar oder Euro pro Monat, wären wir in der Lage, alle unsere Kosten im Zusammenhang mit unserem Journalismus für die nächsten vier bis fünf Jahre zu decken. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und fürs Zuschauen. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza, und wir sehen uns beim nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:	PAYPAL:	PATREON:	BETTERPLACE:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Klicken Sie hier
Bank: GLS Bank			
IBAN: DE89430609678224073600			
BIC: GENODEM1GLS			

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org